

Miteinander stark
Sozial . Modern . BayernSPD

Bayern

SPD

66.

Ordentlicher PARTEI TAG

Samstag | 27. Juni 2015

Sonntag | 28. Juni 2015

Im Energiepark Hirschaid

BESCHLUSSBUCH

Inhalt

Angenommene und überwiesene Anträge	4
Wohnen und Bauen.....	4
B 1 Wohnen für die Leut‘ statt Geld für die Spekulanten	4
B 3 Abschreibungsmöglichkeiten verbessern.....	12
B 5 Mietwucher wirksam bekämpfen.....	12
B 10 Wohnraumaufsicht auf Bundesebene verankern	13
B 11 Werkwohnungen schaffen – günstigen Wohnraum erhalten	13
B 12 Sozialwohnungsquote einführen.....	14
B 13 Bundeseinheitliche Mindestqualifikation für Makler und Hausverwalter.....	14
B 15 Bezahlbarer Wohnraum statt Reprivatisierung.....	14
B 16 Energetische Sanierung: Verpflichtung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln	15
B 19 Staatliche Wohnungsbaugesellschaft für Südbayern errichten	15
B 21 Wohnungsmarktorientiertes Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats Bayern zugunsten der bayerischen Ballungsräume auflegen.....	15
B 22 Barrierefreie Rettungswege	16
Arbeit und Rente	17
A 2 Für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen!	17
A 4 Hände weg von der Dokumentationspflicht!.....	18
A 6 Betriebliche Mitbestimmung bei Werkverträgen stärken	18
A 7 Verpflichtung zur Tariftreue bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren	19
A 9 ArbeitnehmerInnenkammer Bayern Einführung einer gesetzlichen ArbeitnehmerInnenvertretung in Bayern	20
A 10 Für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung!.....	22
A 11 Sachgrundlose Befristung abschaffen – auch und gerade im Öffentlichen Dienst.....	23
A 12 Digitalisierung der Arbeitswelt	24
A 16 Das Rentenpaket weiterentwickeln: Reform und Revitalisierung der gesetzlichen Rente – Den Lebensstandard im Alter sichern	27
A 22 Sichere Arbeitsplätze schaffen!	41
A 23 Union-Busting	42
A 25 Anonymisierte Bewerbungen – Chancengleichheit für alle	43
Soziales und Gesundheit.....	44
S 1 Vorbereitungen zur Einführung der Bürgerversicherung weiterführen.....	44
S 4 Reform der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und Sozialwahlen	44

S 5 Vertrauen in die Organspende und Organtransplantation fördern durch Schaffung transparenter Strukturen	45
S 6 Flüchtlinge und Asylbewerber mit einer Krankenversicherungskarte der GKV auszustatten	45
S 7 Unterstützung der Hebammen und EntbindungspflegerInnen.....	46
S 9 Gesetzliche Personalschlüssel-Regelung im Gesundheits- und Pflegebereich.....	47
S 11 Gewinnung von Pflegefachkräften mit ausländischen Abschlüssen und Auszubildenden mit Migrationshintergrund	48
S 12 Die Kosten von Betreuungsverfahren nicht den Betroffenen aufbürden	49
S 13 Fachärztliche Überprüfung auf Sinnesbeeinträchtigungen in Pflegeeinrichtungen verpflichtend einführen.....	50
S 14 Impfquote: Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote	50
S 16 Einführung neuer Entgeltformen in der Psychiatrie/ Psychosomatik (PEPP) stoppen ..	54
S 17 Keine Stigmatisierung von psychisch erkrankten Menschen	54
S 19 Leitlinien zur psychiatrischen Versorgung von Migrantinnen und Migranten in Bayern	56
S 19 Einführung einer Stoffgruppenregelung in das Betäubungsmittelgesetz um den Handel gesundheitsgefährdender Designerdrogen ohne zeitliche Lücke zu kontrollieren und ggf. zu unterbinden	57
S 20 Zuckergehalt von Lebensmitteln transparent gestalten.....	57
Wirtschaft, Steuern, Finanzen	59
Resolution: TTIP - Transparenz als Handlungsleitlinie.....	59
W 1 Steuerpolitik.....	62
W 3 Für die Etablierung einer Vermögenssteuer!	63
W 4 Neuregelung der Mehrwertsteuer.....	64
W 5 Wirtschaftspolitische Debatte in der SPD.....	65
W 14 Schluss mit neoliberalem Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum	66
W 15 Profitorientierten Lobbyismus kontrollieren - Demokratie stärken	72
W 17 Public-Private-Partnership.....	74
W 20 Beibehaltung Verbot von Fremdkapital bei freien Berufen.....	75
W 21 Crowdfunding erleichtern, den grauen Kapitalmarkt regeln.....	75
W 22 Antrag auf Befreiung kleiner Genossenschaften (i.S. 267 Abs. 1 HGB) von der Mitgliedschafts- und Prüfungspflicht im Genossenschaftsverband.....	76
W 23 Erleichterung der Teilnahme von KMU und Existenzgründern an öffentlichen Ausschreibungsverfahren	76
Bildung.....	77
Bi 3 Bayern braucht ein Bildungsfreistellungsgesetz!.....	77
Umwelt und Energie.....	78

U 1 Für ein effektives globales Klimaabkommen in Paris.....	78
U 2 Zur Organisation der Energiewende	80
U 4 Bürgerenergie braucht Perspektive und Planungssicherheit.....	81
U 5 Umsetzung der Energiewende.....	82
U 7 Keine Bad Bank für die Atomlobby	82
U 8 Hydraulic Fracturing.....	83
U 11 Genmais 1507 stoppen!.....	84
U 12 Einführung gesetzlicher Kennzeichnungspflicht von Pelzprodukten	86
U 13 Heimische Eiweißpflanzen auch nach 2016 weiter fördern.....	86
U 14 Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik.....	87
Innen.....	90
I 1 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	90
I 2 Ablehnung einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.....	92
I 3 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU	93
I 4 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	96
I 5 Vorratsdatenspeicherung – Nein Danke!.....	97
I 7 Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent.....	99
I 8 Forderungen für Opfer von Sexualdelikten.....	114
I 9 Forderungen für Missbrauchsoffer	114
Internationales	115
In 5 Griechenland nach der Wahl - Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa	115
Initiativ.....	118
Ini 1 Tarifbindung und Mitbestimmung schützen – Solidarität mit den Beschäftigten der Post AG	118
Ini 2 Cannabis entkriminalisieren.....	120
Aufhebung des Fraktionszwang bei Ehe für alle	120
Ini 3 Antragsverfahren nach Landesparteitagen	121
II. Weitere Anträge.....	122

Umwelt und Energie

Antragsbereich U/Antrag 1

Bezirksverband Oberfranken

U 1 Für ein effektives globales Klimaabkommen in Paris (Angenommen)

5 Im Dezember dieses Jahres findet die Weltklimakonferenz in Paris statt. Dort soll ein neues Weltklimaabkommen verabschiedet werden, welches das Kyoto-Protokoll ablösen soll. Nach dem Scheitern der Verhandlungen 2009 in Kopenhagen ist die Weltgemeinschaft nun gefordert, ein effektives und ambitioniertes Abkommen auf den Weg zu bringen, welches darüber hinaus fair und gerecht ist.

10 Um dieses Ziel zu erlangen sind vorrangig die klassischen Industriestaaten in der Pflicht. Durch die Emissionen innerhalb der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte haben diese eine historische Verantwortung zu schultern, welcher Tribut gezollt werden muss. Natürlich ist es schwer die heutige Generation für das Verhalten früherer Generationen in Haftung zu nehmen, welche sich zudem nicht der Auswirkungen ihrer Aktivitäten bewusst waren. Erst seit den 1980er Jahren gibt es
15 einen wissenschaftlichen Konsens der menschengemachten globalen Erwärmung, die Phase der Industrialisierung und damit der Verbrennung fossiler Brennstoffe begann bekanntlich aber bereits im 19. Jahrhundert. Allein dieser Aspekt zeigt auf, wie schwer diese Angelegenheit unter ethischen Standpunkten zu bewerten ist und wie stark hierbei Aspekte wie Solidarität und Gerechtigkeit mit hinein spielen. Aus
20 diesem Grund handelt es sich um ein Thema, das für die Sozialdemokratie von höchster Bedeutung und Relevanz ist.

25 Doch nicht nur hinsichtlich der Definierung der historischen Verantwortung und der Übersetzung dessen in Verpflichtungen gilt es eine Lösung zu finden. Ebenso muss von Belang sein, dass Länder, die einen zu den Industrieländern mindestens vergleichbaren Entwicklungsstand erreicht haben, einen fairen Anteil leisten. So besitzt beispielsweise Katar die höchsten Pro-Kopf-Emissionen aller Staaten und verfügt über umfangreiche finanzielle Spielräume. Auch weitere Golfstaaten wie Saudi-Arabien, sowie weitere Länder aus anderen Weltregionen, haben sich bislang
30 nicht durch die Ankündigung von Klimaschutzverpflichtungen hervorgetan, obwohl sie die Kapazitäten besitzen würden. Stattdessen wird teilweise lieber in der Gruppe der Entwicklungsländer gesont und gegen die nicht ausreichenden Beiträge der Industriestaaten gewettert. Eine Unterteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer passt jedoch nicht mehr in die heutige globalisierte Zeit.
35 Aufgrund dessen wird im Klimabereich immer wieder das CBDR-Prinzip, das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung (engl. common but differentiated responsibility) angeführt, welches die jeweiligen nationalen Umstände beachten und die jeweils erforderlichen Länderbeiträge ableiten soll. Eine Einigung hinsichtlich dieses Prinzips ist absolut unumgänglich, um in Paris die
40 Verhandlungen zu einem Erfolg zu führen.

Das CBDR-Prinzip besagt jedoch nicht nur, dass Industrieländer und einige Entwicklungsländer einen höheren Beitrag leisten müssen. Ebenso kann darunter verstanden werden, dass die am wenigsten entwickelten und die durch den

45 Klimawandel am meisten betroffenen Länder in ihren Bemühungen zur Anpassung
unterstützt und bei ihren klimabedingten Verlusten entschädigt werden müssen.
Inselstaaten, deren territoriale Integrität durch den Meeresspiegelanstieg gefährdet
ist, tropische Länder, über welche ein Taifun oder Hurrikan nach dem anderen
50 hinwegfegt und zur Verwüstung führt, und auch die am wenigsten entwickelten
Staaten, deren vordergründiges Ziel die Beseitigung der Armut ist und sein muss,
brauchen allesamt Unterstützung durch die Staatengemeinschaft. Hier ist
internationale Solidarität von Nöten, diese Menschen dürfen nicht alleine gelassen
werden.

55 Wir fordern daher, dass die SPD klar Stellung für mehr Klimaschutz bezieht. Die
Energiewende muss konsequent fortgesetzt werden, fossile Kraftwerke müssen
ebenso wie Atomkraftwerke nach und nach abgeschaltet und durch erneuerbare
Energieträger ersetzt werden. Außerdem muss das europäische
60 Emissionshandelssystem endlich wieder eine entscheidende und effektive Rolle im
Klimaschutz einnehmen. Das Backloading von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten[1] ist
hierzu nur ein erster Schritt um das Überangebot an Emissionszertifikaten zu
verringern, welches durch die Wirtschaftskrise entstanden ist. Außerdem muss
beachtet werden, dass immer mehr Emissionen bei Produktionsvorgängen ins
65 Ausland verlagert werden, wobei die Endprodukte dann aber wieder hier bei uns vor
Ort konsumiert werden. Für Deutschland und die EU bedeuten dies, dass die
Verpflichtungen nicht nur effektive heimische Klimaschutzanstrengungen umfassen
sollten, sondern auch finanzielle Zusagen zur Unterstützung beim Aufbau von
Klimaresilienz und die Einforderung fairer Beiträge anderer Länder. Hierfür gibt es
70 noch viel zu tun. So muss der finanzielle Spielraum des Green Climate Fonds (GCF)
unbedingt aufgestockt werden und auch Länder wie die USA, Australien, Kanada und
China können noch deutlich mehr leisten. Der SPD kommt hierbei eine Schlüsselrolle
zu, da mit Barbara Hendricks eine Genossin das mit entscheidende
Umweltministerium innehat. Nur mit einer progressiven Sozialdemokratie im
Bereich der Klimapolitik kann durch ein ambitioniertes Abkommen internationale
75 Solidarität gelebt und Generationengerechtigkeit hergestellt werden.

[1]http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11960_de.htm